



131/2005

Kiel, 22. September 2005

Ostseeparlamentarier: Regionale Interessen zum Schutz der Ostsee bündeln

Kiel (SHL) – Die Parlamente an der südlichen Ostsee wollen gemeinsam gezielt Einfluss auf die künftige europäische Meerespolitik der EU-Kommission nehmen. Dies beschlossen die mehr als 50 Abgeordneten der Landtage Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns, der polnischen Wojewodschaften Pommern und Westpommern sowie der südschwedischen Region Schonen und der russischen Enklave Kaliningrad jetzt während des 3. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Binz auf Rügen.

Bei einer integrierten maritimen Politik der Europäischen Union für den Ostseeraum müsse eine gemeinsame Position des Parlamentsforums Südliche Ostsee eingebracht werden. „Wir leben alle am selben Meer: Die Sicherheit des zunehmenden Schiffverkehrs auf der Ostsee und der Schutz der Ostsee betrifft uns alle“, unterstrich Landtagspräsident Martin Kayenburg, Delegationsleiter der schleswig-holsteinischen Abgeordnetenvertretung. In einer Arbeitsgruppe wollen die Parlamentarier bis zum nächsten Treffen vom 21. bis 23. Mai 2006 in Kiel ihre Meeresschutz-Interessen in einer gemeinsamen Stellungnahme bündeln.

Zugleich sprachen sich die Parlamentarier dafür aus, die südliche Ostseeregion touristisch auf internationaler Ebene gemeinsam zu präsentieren und als eine Marke zu etablieren. Sie forderten die Tourismusverbände ihrer Regionen auf, verstärkt zu kooperieren und entsprechende Angebote zu entwickeln. Insbesondere Urlauber-Zielgruppen aus den asiatischen Wachstumsregionen sollten so gewonnen werden.

Das Treffen in Binz bildete auch den Auftakt für ein internationales Jugendprojekt. So werden ab November 2005 Vertreter aus Jugendverbänden Hospitationen bei Abgeordneten in Gastländern absolvieren, um Einblicke in die politischen Abläufe zu erhalten und die Zusammenhänge in den verschiedenen Ostseeregionen besser zur verstehen.

Das 2004 gegründete Parlamentsforum Südliche Ostsee hat sich zum Ziel gesetzt, die parlamentarischen Beziehungen auf regionaler Ebene stärker zu vernetzen und die gemeinsamen Interessen zu bündeln. Landtagspräsident Kayenburg: „Wir sind dabei ein gutes Stück vorangekommen.“